

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 52 (1977)
Heft: 6

Artikel: Die Verantwortung des Bürgers für den Soldaten
Autor: Brunner, Dominique
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-704719>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verantwortung des Bürgers für den Soldaten

Major Dominique Brunner, Zürich

«Ich will nicht sagen, dass ich glaube, die Minister (Englands) stünden im Sold Frankreichs. Ich könnte dies nicht beweisen. Aber ich werde es wagen, zu sagen, dass sie es verdienen, vom Feind bezahlt zu werden.»

(Fox im britischen Unterhaus 1783)

Die potentielle Bedrohung hat seit 1965, insbesondere was Europa betrifft, eine von keinem Einsichtigen mehr auch nur angezweifelte besorgniserregende Verschärfung erfahren. Für diese erhöhte potentielle Gefahr stehen Zahlen und Fakten, die wir an dieser Stelle seit Jahr und Tag nennen und erläutern. Wir fassen das Wesentliche um der Verständlichkeit dessen, was hier folgen soll, willen, kurz zusammen: Die Überlegenheit der USA auf der nuklearstrategischen Ebene, die den ersten 20 bis 25 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg das Gepräge gegeben hatte, ist dahin. Man hat es nunmehr mit einem Zustand «ungefährer Gleichwertigkeit» der nuklearstrategischen Instrumente beider Supermächte zu tun. Ungeachtet aller Rüstungskontrollbestrebungen nimmt der nukleare Rüstungswettlauf seinen Fortgang, eine Beschleunigung desselben in nächster Zeit liegt im Bereich des Möglichen. Die Sowjets erwecken jedenfalls seit ein paar Jahren den Eindruck, sich nicht mit der erreichten ungefähren Parität abfinden zu wollen, sondern dass es ihnen um das Erreichen einer politisch auswertbaren Überlegenheit auch im nuklearstrategischen Bereich geht. Das muss unabhängig davon, ob ihnen dies gelingt — es ist bei entsprechender amerikanischer Wachsamkeit unwahrscheinlich —, ernste Bedenken wachrufen. Denn es lässt auf einen bestimmten politischen Willen schliessen, was umso ernster zu nehmen ist, als sich die Sowjets das Anstreben des Ziels einer gewissen Überlegenheit einiges kosten lassen, obwohl sie dringendere Probleme zu lösen hätten.

Die Schrift an der Wand

Vor diesem Hintergrund gewinnt die als massiv zu bezeichnende konventionelle Aufrüstung der sowjetischen Streitkräfte, namentlich der Zentraleuropa gegenüberstehenden, ominöse Bedeutung. Es gibt, richtig gesehen, keinen rationalen Rechtfertigungsgrund für Ausmass und Rhythmus des sowjetischen Kampfkraftzuwachses, insbesondere im Osten Europas. Die Vermehrung des Bestandes an verfügbaren Kampfpanzern in der DDR, der CSSR und Polen um 40 Prozent auf 19 000 innerhalb von rund sechs Jahren, eine wesentliche Erhöhung des Rohrbestandes der Artillerie und nicht zuletzt sehr bedeutsame quali-

tative Verbesserungen — Kampfpanzer T-72, Kampfschützenpanzer BMP, Panzerhaubitzen 122 und 152 mm, neue Kampflugzeuge mit wesentlich verbesserter Zuladung und Reichweite — lassen sich nicht aus defensiven Rücksichten erklären, es wäre denn, man ginge davon aus, die sowjetische Führung leide unter Verfolgungswahn!

Dem — und natürlich auch den Mitteln der NATO, also dem militärischen Kräfteverhältnis in Mitteleuropa — sind unsere schweizerischen Mittel und Möglichkeiten gegenüberzustellen, wenn es den Zustand unserer militärischen Landesverteidigung zu beurteilen gilt. Wir stellen dann gewiss viele Trümpfe auf schweizerischer Seite fest, aber auch Mängel, namentlich auf dem Gebiet der materiellen Rüstung. Die wesentlichsten Lücken — wesentlich, weil ihre Schliessung den Wert unseres Militärpotentials insgesamt, überproportional zu steigern geeignet ist und umgekehrt — sind bekannt: Panzerabwehr der Infanterie, ein Bereich, in dem mit der nunmehr den eidgenössischen Räten vorliegenden Dragon-Beschaffung in absehbarer Zeit eine beträchtliche Verbesserung erzielt werden wird, sowie Raumschutz zugunsten der mechanisierten Kräfte, d. h. vor allem der gepanzerten Gegenschlagverbände der mechanisierten Divisionen, durch mobile, gefechtsfeldtaugliche Fliegerabwehrmittel. Und das sind nur die dringendsten Bedürfnisse. In den achtziger Jahren wird es bald darum gehen müssen, einem Ersatz für den Mirage in der ihm heute zufallenden Rolle zu finden, sich im Bereich der elektronischen Kampfführung ins Zeug zu legen und die Artillerie zu modernisieren.

Der Stimmbürger hat es in der Hand

Die Realisierung all dessen — und es handelt sich wirklich nur um das Wesentliche — setzt ausreichende finanzielle Mittel für die Rüstungsbeschaffung voraus. Ob diese Mittel rechtzeitig, in genügendem Umfang zur Verfügung stehen werden, hängt jetzt in erster Linie vom Stimmbürger ab. Daraus ergibt sich die Überschrift über diesen Artikel.

Der Bundeshaushalt ist in den letzten Jahren aus den Fugen geraten. Die Ursache dafür liegt einerseits im überproportionalen Zuwachs der Bundesausgaben in verschiedenen Sparten — aber nicht bei der von der Grundfunktion des Staates und namentlich des Bundesstaates her vorrangigen Aufgabe der Landesverteidigung — und andererseits in der verringerten Ertragskraft herkömmlicher Finanzquellen wie der Zölle sowie generell im Unterbleiben einer Anpassung der Finanzierung an

die vergrösserte Aufgabenlast des Bundes. Hinzu kommt ein weiterer, politisch überaus gewichtiger Aspekt: Der Explosion der Bundesausgaben — Verdreifachung zwischen 1965 und 1976 — liegen Entscheidungen von Parlament und zum Teil des Volkes zugrunde. Es ist nicht so, dass der kostspielige Leistungsstaat, den wir nunmehr haben, das alleinige Werk von Etablierten und Linken wäre. Da haben alle kräftig mitgemischt, so dass die Lösung nurmehr lauten kann: le vin est tiré, il faut le boire! Alles andere gliche einem Schildbürgerstreich.

Es ist angesichts der Finanzlage der Eidgenossenschaft ganz offensichtlich, dass ein uneinsichtig-störrisches Nein bei der Volksabstimmung über das Finanzpaket die dringendsten Vorhaben auf dem Feld der Landesverteidigung gefährden würde. Die Linksextremen, auf die wir das einleitende Zitat gerne anwenden, dürften mit ihrer Nein-Parole bewusst auch darauf abzielen. Gewisse Rechte beweisen bei dieser Gelegenheit, dass sie nicht über die eigene Nasenspitze hinaus zu denken vermögen. Vor dem Hintergrund der breiten Zustimmung der die Verantwortung tragenden Parteien sowie der beiden eidgenössischen Räte sollte man vom Bürger erwarten können, dass er bei seinem Stimmentscheid auch die Folgen einer Verwerfung des Finanzpaketes für unsere militärische Bereitschaft bedenkt. Es geht um die Verantwortung des Bürgers für den Soldaten, d. h. vielfach des Bürgers für sich selbst, weil er ja Bürger und Soldat ist.

Wehrsport

6. Bernischer Dreikampf (Triathlon)

Der 6. Bernische Dreikampf wird am Samstag, 17. September 1977, in Reconvilier stattfinden. Ein Organisationsausschuss, welcher alles daran setzen wird, um das vollständige Gelingen dieser sportlichen Veranstaltung zu gewährleisten, ist schon an der Arbeit. Es rechnet mit der Teilnahme möglichst vieler Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten aus dem Kanton Bern und aus der übrigen Schweiz.